

Vorlage für die Sitzung des Senats am 05.08.2025

Ergebnisse der Ausschreibung und die künftigen Kosten im Bereich der Telekommunikations-Systeme ab 2026

A. Problem

Dataport ist Generalunternehmer der FHB im Bereich der Telekommunikation der Verwaltung. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Telefonieleistungen.

Die derzeitige Telefoninfrastruktur, betrieben durch das Unternehmen BREKOM, steht angesichts der sich rapide verändernden Anforderungen an die Telefonnutzung – verstärkt durch die Corona-Pandemie und den Anstieg von Homeoffice-Tätigkeiten – vor erheblichen Herausforderungen. Der bestehende Vertrag mit BREKOM zum Betrieb des aktuellen Telekommunikationssystems lief im April 2025 aus. Der Vertrag zur Bereitstellung der Telekommunikationssysteme auf BREKOM-eigenen Infrastrukturen läuft im April 2026 aus. Um einen unterbrechungsfreien Übergang auf die neue Lösung sicherzustellen, ist eine zweijährige Migrationsphase vorgesehen, bis April 2026 auf BREKOM-eigenen Infrastrukturen und danach auf Dataport-eigenen Infrastrukturen.

Dataport hat im Rahmen der strategischen Neuausrichtung entschieden, den Telefoneservice für die Freie Hansestadt Bremen (FHB) künftig im Eigenbetrieb zu erbringen. Diese Entscheidung basiert auf einer umfassenden Analyse verschiedener Realisierungsvarianten, die im Zuge eines Vorprojekts intensiv untersucht wurden.

Das Ergebnis dieser Voruntersuchung sah vor, eine Ausschreibung für den Unify OSV (OpenScape Voice) durchzuführen. Ziel ist es, die Telefonie für die FHB sowie optional für weitere Mandanten zu realisieren. Die Einbindung zusätzlicher Mandanten wurde als Option in die Ausschreibung aufgenommen, um eine möglichst flexible und skalierbare Lösung zu gewährleisten.

B. Lösung

Ergebnis der Ausschreibung

Die geplante Erneuerung der Telefonanlage muss den neuen Anforderungen gerecht werden, während gleichzeitig auch klassische Anforderungen an die Telefonie in der Verwaltung berücksichtigt werden müssen. Die Anforderungen an die Telefonie wurden in einer Erhebung von dem Dienstleister Dataport 2023 ermittelt.

Der Zuschlag für die neue Telefonanlage wird von der Dataport an die Firma Unify in 07/2025 erteilt.

Im Rahmen der Modernisierung setzt die Freie Hansestadt Bremen künftig auf eine zukunftssichere Lösung auf Basis von Unify OpenScape Voice (OSV). Dabei wird auf

die Nutzung von Standard-Rechenzentrumsdiensten bei Dataport zurückgegriffen, um einen sicheren und stabilen Betrieb zu gewährleisten.

Die Verantwortung für den Betrieb und die Betreuung des Systems liegt bei Dataport, die sowohl den 1st- als auch den 2nd-Level-Support übernimmt. Dadurch wird sichergestellt, dass bei technischen Problemen oder Anfragen eine schnelle und kompetente Unterstützung zur Verfügung steht.

Ein zentrales Ziel ist die Realisierung moderner, datenintegrierter Telekommunikations-(TK) und Unified Communications & Collaboration-Services (UCC) auf Basis von Unify OpenScape Voice. Diese Plattform ermöglicht es, Sprachdienste und zusätzliche Kommunikationsfunktionen wie Messaging, Präsenzanzeigen und Konferenzlösungen effizient zu bündeln. Durch die Integration dieser Dienste wird eine zeitgemäße und flexible Kommunikation für alle Mitarbeitenden gewährleistet, unabhängig vom jeweiligen Standort – sei es im Büro, im Homeoffice oder unterwegs.

Die neue UCC-Lösung beinhaltet z. B. eine mobile Applikation, die eine vollumfängliche Integration in Smartphones ermöglicht. Dadurch erhalten Beschäftigte die Möglichkeit, sämtliche Kommunikationsfunktionen auch mobil und standortunabhängig in Anspruch zu nehmen.

Die Architektur der neuen Lösung ist darauf ausgelegt, besonders stabil, erprobt, skalierbar und mandantenfähig zu sein. Dies bedeutet, dass sowohl aktuelle als auch zukünftige Anforderungen in Bezug auf Nutzerzahlen, Funktionsumfang und Sicherheit zuverlässig abgedeckt werden können.

Die eingesetzte Technik ist bereits in zahlreichen Umgebungen erfolgreich im Einsatz (z. B. HH) und bietet eine hohe Ausfallsicherheit sowie die Möglichkeit, bei Bedarf weitere Mandanten oder Standorte unkompliziert zu integrieren. Sie wird auch für das Dataport-Trägerland Sachsen-Anhalt (ST) zum Tragen kommen.

Kosten

Ein Kurzvertrag zwischen der FHB und Dataport, als Voraussetzung für die Zuschlagserteilung, wurde bereits geschlossen. In diesem sichert die FHB der Dataport Abnahmemengen zu, die aus einer Abfrage der Ressorts und Dienststellen resultieren.

Im Rahmen der aktuellen Bedarfsplanung wurden insgesamt 15.000 Endgeräte als notwendig gemeldet. Zum Vergleich: Im Jahr 2024 lag der Bestand noch bei 19.000 Endgeräten. Die Differenz resultiert aus der vermehrten Nutzung mobiler Endgeräte wie Smartphones und der Empfehlung, für Telekommunikation nur ein Gerät zu nutzen (Ein-Gerät-Strategie). Die Preisbildung ergibt sich daher aus der Abnahmemenge. In den folgenden Tabellen sind die alten Preise der BREKOM (Tabelle 1) mit den zukünftigen Preisen der Dataport (Tabelle 2) verglichen. In Tabelle 3 sind die Produkte zusammengefasst, um sie vergleichbar zu machen. Die Differenz der Preise ist ebenfalls dargestellt.

Tabelle 1: Kosten bis 12.2024 (BREKOM)

Telefonport (Anschluss TDM/IP/Softphone)	13,35
Analog-Port	16,34
Standardendgerät	3,88
Funktionsendgerät	2,98
Softphone SD	7,82

Tabelle 2: Zukünftige NGN Telefonie nach erfolgter Migration

Basis / NGN-Anschluss	18,08
Analoganschluss	8,47
Standard-IP-Phone	8,23
Funktions-IP-Phone	6,39
UC-Softphone inkl. Mobil-App	6,54

Tabelle 3: Vergleich der Kosten

	Kosten neu	Kosten alt	Differenz
IP-Telefon	26,31 €	17,23 €	9,08 €
Funktions-Telefon	24,47 €	19,32 €	5,15 €
Softphone	24,62 €	21,17 €	3,45 €

Gründe für die Preisentwicklung und Erläuterung

Damit hat sich die Annahme aus der Senatsvorlage vom 06.08.2024 bestätigt: Die Kosten sind effektiv gestiegen und entsprechen den Marktpreisen.

Im Rahmen dieser Ausschreibung mussten neben den Kosten für die Endgeräte auch die Aufwendungen für die zentrale Technik berücksichtigt werden. Während die zentralen Komponenten der BREKOM durch diese bislang weiterverwendet werden konnten und daher keinen Einfluss auf die bisherigen Preise hatten, sind sie nun erstmals in die Kalkulation einzubeziehen.

Aus diesem Grund wurden nach der letzten Ausschreibung im Jahre 2016 keine Preisanpassungen vorgenommen und die Steigerungen für Personalkosten, Hardware etc. nicht abgebildet, die heute berücksichtigt werden müssen.

Die Verwaltung der FHB hat die passive Netzinfrastruktur der EWE-AG/BREKOM bis 2045 gepachtet. Damit steht der FHB eine physische, gebäudeübergreifende

Infrastruktur für ihre Zwecke zur Verfügung. Sie wird im Nutzungsüberlassungsvertrag (NÜV) geregelt.

Um einen etwaigen Umstieg auf alternative Telefonieprodukte nicht zu erschweren, wird der NÜV auf die Netzwerkanschlüsse der Liegenschaften insgesamt, anstatt wie bisher auf einzelne Produkte der Telefonie, umgelegt. Diese Kosten sind daher nicht mehr in den Telefoniekosten enthalten.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung / Klimacheck

Die Deckung der Mehrbedarfe wird gemäß Senatsbeschluss vom 06.08.2024 zentral seitens des Senators für Finanzen sichergestellt.

Gender-Prüfung

Die Maßnahme richtet sich an alle Geschlechter gleichermaßen, so dass unmittelbar aus den Maßnahmen für die Nutzerinnen und Nutzer keine Genderrelevanz zu erwarten ist. Welche langfristigen strukturellen Veränderungen sich aus der Digitalisierung ansonsten in der Nutzung der transformierten internen und externen Verwaltungsdienste ergeben können, ist offen.

Klimacheck

Der Beschluss in der Senatsvorlage hat, auf Basis des Klimachecks, voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit allen Ressorts abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Eine Veröffentlichung der Senatsvorlage nach dem Informationsfreiheitsgesetz kann nach Beschlussfassung erfolgen.

G. Beschluss

Der Senat nimmt den Bericht des Senators für Finanzen über die Entwicklung der Telefoniekosten zur Kenntnis.

Zusammenfassung SV neue Telefonanlage

Problem:

Der derzeitige Vertrag mit BREKOM zur Bereitstellung und zum Betrieb des aktuellen Telekommunikationssystems endet im April 2026. Im Anschluss daran ist eine zweijährige Migrationsphase geplant.

Lösung:

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung hat Dataport beschlossen, den Telefoneservice für die Freie Hansestadt Bremen (FHB) zukünftig selbst zu betreiben. Ziel ist es, die Telefonie für die FHB sowie optional auch für weitere Mandanten bereitzustellen.

Bedarf:

Die aktuelle Bedarfsplanung sieht insgesamt 15.000 Endgeräte als erforderlich vor. Zum Vergleich: Im Jahr 2024 waren noch 19.000 Endgeräte im Einsatz. Diese Reduzierung ist auf die verstärkte Nutzung mobiler Geräte wie Smartphones sowie auf die Empfehlung der Ein-Gerät-Strategie zurückzuführen, bei der für Telekommunikation nur ein Gerät verwendet wird.

Kosten:

Wie zu erwarten, sind die Kosten für die neue Telefonanlage leicht gestiegen. BREKOM hat seit der letzten Vergabe keine Preisanpassungen vorgenommen, sodass Marktentwicklungen wie gestiegene Personalkosten und höhere Hardwarepreise bisher nicht berücksichtigt wurden, jetzt aber in die Preisbildung einfließen müssen.